

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Nationales Nachrichten- und Anzeigenblatt für die Oberamtsbezirke Nagold, Calw, Freudenstadt u. d. Neuenbürg

Wegspre.: Monatl. 3. Post 1.20 einchl. 18 3. Beförd.-Geb. für 10 3. Zustellungsgeb.; d. Sp. 1.40 einchl. 20 3. Auslieferung; Einzeln. 10 3. Bei Nichterhalten der Zeit. inf. höh. Gemoll. ab. Betriebsbör. behält sein Anspruch auf Lieferung der Zeitg. / Teleg.: „Tannenbl.“ / Tel. 821. Anzeigenpreis: Die Spalt. Millimeterzeile oder deren Raum 5 3. Reklame 15 3. Für teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintrieb, od. Konklusion hinw. ab. Erfüllungsort: Altensteig. Gerichtsstand: Nagold.

Nummer 16

Altensteig, Samstag, den 19. Januar 1935

58. Jahrgang

Polen und der Ostpakt

Der polnische Außenminister Oberst Bed konnte es nicht vermeiden, bei der diesmaligen Ministertagung in Genf mit Laval, dem Außenminister Frankreichs, zusammenzutreffen. Laval hat den erkrankten Außenminister Bed in Genf besucht. Alle Welt war sich darüber einig, daß Herr Bed nur deshalb von der Tagung abwesend war, weil er die Ostpaktfrage fernbleiben wollte, weil er der Kontroverse über den Ostpakt mit seinem französischen Kollegen aus dem Wege gehen wollte. Man weiß, daß Polen diese Angelegenheit bisher diffeidentisch behandelte. Es hat, als ihm das Ostpaktprojekt im Sommer v. Is durch englische Vermittlung unterbreitet wurde, ebensoviele wie Deutschland eine ablehnende Antwort erteilt. Aber es hat sich auch nicht zu einer zutimmenden Erklärung entschließen können, weil dem französischen Votagebilde zu gewichtige Bedenken allgemeuropäischer Art und auch solche vom Standpunkt der besonderen polnischen Interessen aus entgegengehalten waren. Seitdem geht zwischen Paris und Warschau in reichlich schleppehem Tempo ein Notenwechsel hin und her, der wohl in einigen Spezialfragen eine gewisse Klärung brachte, so beispielsweise sicherstellte, daß der Ostpakt in Einklang mit den Bestimmungen des deutsch-polnischen Abkommens gehalten sein würde, der aber doch für Warschau den ganzen Plan offenbar noch nicht reif zur Unterzeichnung machte. Polen hat dabei zum Ausdruck gebracht, daß es sich mit der Idee des Ostpakt nur dann befreunden könne, wenn auch Deutschland in die Kombination einbezogen sei. Im übrigen aber hat man in Warschau kein Hehl daraus gemacht, daß der Grundgedanke dieses Regionalpaktinstituts dort nicht sonderlich sympatisch begrüßt wird, sondern daß man zweiseitigen Abmachungen nach dem Muster der deutsch-polnischen den Vorzug gebe.

Das gerade ist allerdings ein fundamentaler Gegensatz zu dem politischen Prinzip, das Frankreich in Europa verfolgt. Befolgen in seinem Sicherheitswahn versucht es, die Staaten des Kontinents durch ein Netz von Verträgen so eng und vielseitig miteinander zu verketten, daß jede Störung des in den Friedens- und Nachkriegsverträgen festgelegten Zustandes sofort ganz Europa in Bewegung bringen würde. Wie sehr man in Paris bemüht ist, das „Gift“ der zweiseitigen Verträge auszuschalten, beweist der Umstand, daß Anfang Dezember v. Is im Zuge der französisch-sowjetrussischen Vereinbarungen beide Regierungen auf französische Anregung hin einander die Versicherung abgaben, keinerlei Abkommen mit dritten Staaten zu treffen, solange das Schicksal des Ostpakt nicht entschieden sei.

Die polnischen Bedenken gegen den Ostpakt sind übrigens nicht zuletzt auch durch die Annäherung zwischen Frankreich und Sowjetrußland hervorgerufen worden. Ueber den Grad dieser Annäherung besteht auch im Augenblick noch keine Gewißheit. Die Enthüllungen in der französischen Kammer, daß sie den Charakter militärischer Abmachungen angenommen habe, sind von der französischen Regierung bestritten worden. Auf jeden Fall aber bringt die Unklarheit über das wirkliche Verhältnis, in dem Paris und Moskau zu einander stehen, nach polnischer Auffassung für die Teilnehmer an einem etwaigen Ostpakt ein Risiko mit sich, das man in Warschau nicht ohne weiteres glauben tragen zu können.

Der Führer hat unmittelbar nach der Saarabstimmung erklärt, daß Deutschland auf der Grundlage der Gleichberechtigung bereit sei, an den Aufgaben der europäischen Solidarität mitzuwirken. Es ist anzunehmen, daß in diesem Sinne nicht nur die Frage des in Rom vereinbarten Nichtangriffspakt, sondern auch die des Ostpakt in den Verhandlungen mit Deutschland wieder auftauchen wird. Daß Polen unter diesen Umständen vorher geneigt sein wird, seine eigene Stellungnahme festzulegen, ist wenig wahrscheinlich. In Warschau hat man früher bereits zu erkennen gegeben, daß man nicht den Wunsch hat, in eine Kombination gegen Deutschland hineingezogen zu werden. Einer abschließenden Erörterung der Ostpaktfrage wird also eine Vereinigung der grundsätzlichen Fragen, die der gelamteuropäischen Solidarität unter Einbezug Deutschlands bisher im Wege standen, vorgehen müssen. Das scheint nach wie vor der polnische Standpunkt zu sein.

Lavals Besprechungen in Genf

Genf, 18. Jan. Außenminister Laval entsafte nach der Erledigung der Saarfrage in Genf noch eine außerordentlich wichtige Tätigkeit. Er hat sich besonders mit der abessinischen Frage beschäftigt und hatte aus diesem Grunde eine Unterredung mit Lloisi und Eden, außerdem mit dem hiesigen Vertreter Abessinians. Ferner hatte er mit dem griechischen Außenminister eine Besprechung und wird mit dem österreichischen Außenminister vor Berger-Waldenegg frühreden. Für später sind noch einige Unterredungen mit Litwinow und dem polnischen Außenminister Bed vorgesehen. Es heißt, daß die Russen jetzt mit aller Kraft auf eine verstärkte Initiative in der Ostpaktfrage hindrängen und die Franzosen nach dieser Richtung unter Druck liegen wollen. Der französische Außenminister wird bis Samstag abend in Genf bleiben.

Neues Friedensbekenntnis des Führers

Außenpolitisches Interview mit Ward Price

München, 18. Januar. Am Donnerstag gewährte der Führer und Reichszankler Adolf Hitler dem bekanntesten englischen Journalisten und Vertreter der Rothermere-Presse, Mister Ward Price, ein Interview, in dem er sich zu einer Anzahl außenpolitischer Fragen äußerte.

Ward Price richtete zunächst folgende Frage an den Führer: „Unter welchen Bedingungen kann Deutschland zum Völkerverbund zurückkehren?“

Der Führer antwortete: „Ich und niemand in Deutschland denken daran, für einen eventuellen Wiedereintritt in den Völkerverbund „Bedingungen“ zu stellen. Ob wir noch einmal in diese Korporation zurückkehren oder nicht, hängt ausschließlich davon ab, ob wir ihr als vollständig gleichwertige Nation angehören können. Dies ist keine „Bedingung“, sondern einfach eine Selbstverständlichkeit. Entweder sind wir ein souveräner Staat oder wir sind es nicht. Solange wir dies nicht sind, haben wir in einer Gemeinschaft souveräner Staaten nichts zu suchen. Solange die nationalsozialistische Bewegung Deutschland führt — und das wird für die nächsten paar Jahrhunderte der Fall sein, auch wenn unsere Emigranten noch so oft das Gegenteil behaupten — wird sich an dieser Einstellung nichts mehr ändern. Im übrigen habe ich dies bereits in meiner Rede 1933 ausdrücklich erklärt. Ich möchte dabei betonen, daß die Unterzeichnung in „moralisch“ gleichberechtigt und „sachlich“ gleichberechtigt vom deutschen Volk als eine Befreiung empfunden wird. Ob 60 Millionen Menschen auf dieser Welt moralisch gleichberechtigt sind oder nicht, kann letzten Endes niemand entscheiden als höchstens das betroffene Volk selbst.“

Entweder man ist sachlich gleichberechtigt, dann muß man es von vornherein auch moralisch sein und wenn man umgekehrt moralisch einmal gleichberechtigt ist, bleibt es unverändert, wieso man dann die sachliche Gleichberechtigung bestreiten oder einfach verweigern kann.

Frage: Wird dazu nötig sein, die Trennung der allgemeinen Völkerverbundsbestimmungen vom Versailler Vertrag durchzuführen?

Der Führer antwortete: Solange der Völkerverbund nur ein Garantievertrag von Siegermächten ist, führt er seinen Namen überhaupt zu unrecht. Daß auf die Dauer dieser Bund — der doch dem Willen der Gründer nach vermutlich eine ewigkeitsdauernde sein soll — nicht verknüpft werden kann mit einem Vertrag, dessen zeitliche Begrenzung schon in seinen inneren Gebrechen und Unmöglichkeiten liegt, kann vielleicht von den derzeitigen Interessenten bestritten werden, wird aber einst geschichtlich als selbstverständlich gelten.

Frage: Sollte die Anerkennung der Gleichberechtigung im Voraus stattfinden, oder könnte die Gewährung der Gleichberechtigung und die Rückkehr gleichzeitig erfolgen?

Der Führer antwortete: Die deutsche Gleichberechtigung ist die Voraussetzung für jede Beteiligung Deutschlands an internationalen Abmachungen und Vereinbarungen. Mit dieser Forderung gehe ich keinesfalls vereinsamt in der Welt da, sondern ich befinde mich in der antändlichsten Gesellschaft. Denn: kein Volk von Ehrgefühl und keine Regierung von Pflichtbewußtsein könnten hier anders denken oder gar anders handeln. Auf der Welt sind schon sehr viele Kriege verloren gegangen. Wenn man nach jedem verlorenen Krieg in der Vergangenheit dem unglücklich Unterlegenen für immer seine Ehre und seine Gleichberechtigung aberkannt hätte, müßte der Völkerverbund schon jetzt mit lauter Nichtgleichberechtigten und damit letzten Endes ehrelosen und minderwertigen Nationen vorlieb nehmen. Denn es gibt ja kaum einen Staat oder eine Nation, die nicht einmal das Unglück hatten, selbst wenn sie tausendmal im Recht waren, einem stärkeren Gegner oder einer härteren Koalition zu unterliegen. Woher hat sich dieser gräßliche Aftun in der Welt noch nicht einzubürgern vermocht und wir sind entschlossen, dafür zu sorgen, daß Deutschland nicht das erste Exempel für die Einführung eines solchen Wahnsinns abgibt.

Frage: Finden Euer Erzellenz nicht, daß die Reform des Völkerverbunds dringend notwendig ist? Wie könnte man das praktisch in die Wege leiten? Welche Argumente dafür wären der Deffenlichkeit zu unterbreiten?

Der Führer antwortete: „Da wir ohnehin nicht im Völkerverbund sind, beschäftigen wir uns auch nicht mit Gedanken über seine inneren Reformen.“

Frage: Ich sprach neulich mit einer hochstehenden politischen Persönlichkeit in Frankreich. Ich fragte sie folgendes: Warum denn will Frankreich die vollendete Tatsache der Wiederherstellung der deutschen Rechte nicht anerkennen? Wir Engländer halten es immer für vernünftiger, solche Tatsachen ins Auge zu fassen. Dieser Politiker hat mir geantwortet: Ja, wir glauben, daß Deutschland eine Politik der Versöhnung nur so lange treiben wird, bis die Reichswehr sich in der Lage fühlt, einen Krieg erfolgreich führen zu können. Man befürchtet in Frankreich, daß die Annäherungsbestrebungen an die französischen Frontkämpferverbände nur eine Tarnung sind, hinter der die zukünftigen aggressiven Absichten verborgen werden sollen. Welche ist Euerer Erzellenz Erwiderung zu diesen Befürchtungen?

Der Führer antwortete: „Dieser Politiker hat noch nie ein Volk geführt. Oder könnte er sonst glauben, daß man ein Jahrzehnt lang vom Frieden reden kann, um dann plötzlich mit demselben Volk so wie nichts dir nichts einen Krieg zu beginnen? Wenn ich vom Frieden rede, drücke ich nichts anderes aus, als was der tiefinnerste Wunsch des deutschen Volkes ist. Ich kenne die Schrecken des Krieges, Gemessen an seinen Opfern sind alle Gewinne unbefriedigend. Die katastrophalen Folgen einer solchen allgemeinen europäischen Schlächtereier würden in Zukunft noch schlimmere sein. Ich glaube, daß der kommunistische Wahnsinn der einzige Gewinner wäre. Ich habe aber nicht 15 Jahre dagegen gekämpft, um ihn dann auf einem Umweg erst recht auf den Thron zu heben. Was ich will, ist das Glück meines Volkes. Ich habe nicht gesehen, daß der Krieg das höchste Glück ist, sondern im Gegenteil, ich sah nur tiefstes Leid.“

Ich spreche daher zwei Bekenntnisse ganz offen aus:
1. Deutschland wird von sich aus niemals den Frieden brechen und
2. wer uns ansieht, greift in Dornen und Stacheln.
Denn ebenso, wie wir den Frieden lieben, lieben wir die Freiheit. Wenn ich auf der einen Seite, ohne dazu gezwungen zu sein, Frankreich namens des ganzen deutschen Volkes die Versicherung abgebe, daß wir keine territorialen Forderungen mehr erheben werden und damit durch uns selbst jede Revanchevoraussetzung beseitigen, so gebe ich auf der anderen Seite aber genau so die heilige Versicherung ab, daß uns keine Not, kein Druck und keine Gewalt jemals zum Verzicht auf unsere Ehre und unsere Gleichberechtigung bringen werden. Ich halte eine solche Feststellung für notwendig, denn Verträge haben überhaupt nur einen Sinn zwischen ehrliebenden Völkern und ehrbewußten Regierungen. Deutschland aber müßte ein ehrliches Verhältnis zu den Nachbarvölkern herstellen. Wir haben dies im Osten getan und ich glaube, daß man nicht nur in Berlin, sondern auch in Warschau über die uns gemeinsam gelungene Entgiftung der Atmosphäre glücklich sein wird. Ich bin weiter überzeugt, daß wenn man erst einmal diesen Weg des gegenseitigen Versehens und der Rücksichtnahme beschritten hat, dabei am Ende mehr herauskommt, als durch noch so umfangreiche, aber innerlich unklare Pakte. Ich werde es mir jedenfalls tausendmal überlegen, das deutsche Volk in Abmachungen verwickeln zu lassen, deren Konsequenzen nicht ganz eindeutig zu übersehen sind. Wenn wir schon aus eigenem Willen keinen Krieg zu führen beabsichtigen, dann aber noch viel weniger für fremde, Deutschland nicht bewegende Interessen. Im übrigen haben wir schon öfter als einmal uns bereit erklärt, mit den um uns liegenden Staaten verpflichtende Nichtangriffspakte abzuschließen.“

Deutsche Flaggen über den Amtsgebäuden

der Saarstädte

Saarbrücken, 18. Jan. Im Laufe des Freitags ist es nochmals zu erhebenden und begeisterten patriotischen Kundgebungen gekommen, wurden doch auf allen Gebäuden der Behörden erstmalig die herrlichen Fahnen Deutschlands gehißt. Klaffige Menschenmengen hatten sich vor den Volkshäusern Saarbrückens, vor den Amts- und Landgerichten versammelt. Spontan sangen die Versammelten das Horst-Wessel-Lied und das Deutschlandlied. Die Gefolgshatten waren überall vollständig vertreten, um das große Ereignis mitzuerleben. Auch die Saarbahnen sind diesem Beispiel gefolgt, nachdem der antändliche Saarbrücker Eisenbahnpräsident Rilow sich empfohlen hatte. Überall grüßen die Beamten mit dem deutschen Gruß Selbst die Passagiere in der Regierungskommission wenden ihn an. Bedinglich Herr Heimburger hat ihn zu beanstanden. Andere internationale Vorgesetzte haben durchaus Verständnis, daß sich die laarndeutsche Beamtenschaft nach dem überwältigenden Sieg selbstverständlich den Sitten ihrer Heimat anpassen und aus ihrer politischen Gehaltung keinen Hehl mehr zu machen braucht. Die Festfreude hat überall an.



Aus dem Völkerbund

Einhaltung der Danziger Verfassung — Danzig und Polen

Genf, 18. Jan. Der Völkerbundrat trat am Freitag zunächst zu einer vertraulichen Sitzung zusammen. Im Nachhinein begann die öffentliche Sitzung. Als erster Punkt der öffentlichen Tagung stand die Danziger Frage zur Verhandlung. Der Vorsitzende forderte den Danziger Senatspräsidenten Greller sowie den hohen Kommissar des Völkerbundes, Vester, auf, am Ratstisch Platz zu nehmen. Nachdem der Berichterstatter, Vordirektor Ede, im Völkerbundrat keine Vorschläge unterbreitet hatte, ergriff der Präsident des Senats der freien Stadt Danzig, Greller, das Wort. Er nahm Kenntnis von dem eben vorgetragenen Bericht und stellte mit Genugtuung fest, daß der Berichterstatter dem Hohen Rat den Vorschlag gemacht hat, die Behandlung der vom Oberkommissar des Völkerbundes in Danzig übermittelten zwei Eingaben der katholischen Priester und der Zentrumsparlei auf die Tagung des Rates im Mai zu verschieben. Die Regierung der freien Stadt Danzig habe weiterhin Kenntnis genommen von der Stellungnahme des Oberkommissars des Völkerbundes in Danzig für 1934. Der Berichterstatter hält es für richtig, so sagte der Senatspräsident weiter, die Mitglieder des Völkerbundes darauf aufmerksam zu machen, daß die Möglichkeiten einer Entwicklung angedeutet werden, welche mit der vom Völkerbund garantierten Verfassung der freien Stadt Danzig vielleicht nicht mehr in Einklang gebracht werden könnten. In der Verfassung der freien Stadt Danzig ist ausdrücklich der Grundgedanke der Demokratie verankert, nach welchem die Mehrheit der Bevölkerung die Willensrichtung der von ihr beeinflussten Regierungstätigkeit bestimmt. Diese Willensbildung der Danziger Bevölkerung ist in den Volkswahlen vom 1933 zu mehr als 60 Prozent und in den Kreiswahlwahlen in zwei Danziger Kreisen vom November 1934 zu 80 Prozent eindeutig zugunsten der NSDAP in Danzig zum Ausdruck gekommen. Es ist demnach für die Regierung der freien Stadt eine selbstverständliche Pflicht, in den von der Verfassung gezogenen Grenzen ihre nationalsozialistischen Ziele zu verwirklichen. Ich freue mich ganz besonders, hier vor dem Hohen Rat der Nationen die Festlegung treffen zu können, daß ich mit dieser Ansicht mit dem Herrn hohen Kommissar des Völkerbundes in Danzig vollkommen übereinstimme.

Die Regierung der freien Stadt Danzig wünscht auch in Zukunft etwaige Streitigkeiten zwischen Danzig und Polen in direkter Aussprache und Verhandlung zu klären und einer Entscheidung zuzuführen, ohne die Zustände des Rates in Anspruch zu nehmen. Hierbei sieht sich die Regierung der freien Stadt von der Voraussetzung und Gewissheit leiten, daß derselbe Wille bei der Regierung der Republik Polen gleichfalls vorhanden ist.

Der Vertreter der polnischen Regierung stimmte der Vertagung der von Danziger Staatsbürgern vorgebrachten Beschwerden zu. Er glaube, daß direkte Besprechungen zwischen der Danziger Regierung und den Vertretern der Zentrumsparlei die beste Methode sei.

Der Vertreter Frankreichs, Kolligly, unterstrich die vom Berichterstatter mitgeteilte Erklärung des Danziger Senatspräsidenten, daß er die Verfassung der freien Stadt selbstverständlich achten werde. Nach einer kurzen weiteren Bemerkung Ede's wurde dann die Vertagung der Beschwerden der beiden katholischen Priester vom Rat beschlossen.

Senatspräsident Greller ging dann am den Ratstisch herum zu dem Berichterstatter Ede und schüttelte ihm dankend die Hand. Er verabschiedete sich darauf mit dem zum erstenmal im Ratssaal gesehenen Hitlergruß.

Die Beschwerde des Prinzen Pleh gegen die über ihn verhängten polnischen Zwangsmaßnahmen wurde am Freitag durch Beschluß des Völkerbundrates jurisdiziviert.

Der Ausschuss rüht aber die vorsichtige Mahnung an Polen, darüber zu wachen, daß die Maßnahmen der polnischen Behörden nicht zu politischen Zwecken mißbraucht werden, zu Zwecken, die mit den Verpflichtungen der polnischen Regierung nicht vereinbar sein würden.

Nach unglücklichen Verhandlungen hinter den Kulissen ist auch am Freitag die ungarisch-litauische Streitfrage wegen des Mariettaer Mordeanschlags verhandelt worden. Jede Aussprache wurde vermieden. Die Frage wurde von der Tagesordnung abgesetzt. Die ungarische Absicht, die Streitfrage schon jetzt in klarer Weise zu beenden und jede spätere Wiederaufnahme auszuschließen, ist damit noch nicht erreicht worden.

Für Samstag ist eine neue Ratstagung angelehrt. Die wichtigste noch ausstehende Frage ist die abessinische Klage. Man rechnet aber bestimmt damit, daß der Völkerbundrat sich bemühen wird, diese Streitfrage so schnell wie möglich wieder vom Ratstisch verschwinden zu lassen.

Die Memelbeschwerde

Genf, 18. Jan. Der Vizepräsident des memelländischen Landtages, Schulz Meyer, hat den Vertretern der Unterzeichnermächte des Memelabkommens in Genf eine Ergänzung zu seinen früheren Memelbeschwerden übergeben. Diese neue Beschwerde beschäftigt sich in erster Linie mit der gewaltsamen Behinderung des memelländischen Landtages an der Ausübung seiner verfassungsmäßigen Tätigkeit. Um das Mißtrauensvotum gegen die vom litauischen Gouverneur eingeleiteten Direktorien zu verhindern, hat dieser den Landtag durch die verschiedenen Maßnahmen bereits zum fünften Male beschlußunfähig gemacht. Abgeordnete wurden verhaftet und verschleppt. Die Polizei drang in die Landtagssäle ein und ließ es zu Sitzungen nicht kommen. Der Gouverneur hat sich ferner vorausgenommen, die Sitzungen statutenwidrig zu schließen. Das ist bis jetzt bereits dreimal geschehen. Dieses gewaltsame Vorgehen der litauischen Behörden erregt überall größtes Aufsehen.

Auch die Schweizer Presse hat sich dieser Angelegenheit angenommen. So führt z. B. der „Sund“ nach der ausführlichen Erörterung der Statutenverletzungen aus: Die Lage ist unhaltbar und bedarf dringend baldiger Abhilfe. Zwar haben die Siegermächte am 25. September 1934 eine Demarche in Rom unternommen und ein Rechtsgutachten angefertigt, das für Litauen sehr ungünstig ausgefallen ist, aber seit der Zeit ansehnlich nichts weiter veranlaßt. Es ist zu erwarten, daß nach der Bereinigung der Saarfrage im Weiteren auch dieser seit Jahren die Völkerbundsstreitigkeit beschäftigende Unruheherd in Hinsicht auf die allgemein angestrebte Befriedung beseitigt werden wird.

Ein mißliches Urteil

Saarbrücken, 18. Jan. Vor dem Obersten Abklammerungsgericht des Saargebietes unter dem Vorsitz des Herrn Meerdich wurde gegen den Juden Paul Veng aus Saarlouis, einen dort lez bekannten Prachtjeder des verfallenen Status, verhandelt, in dessen Kraftwagen in der Nacht zum Abklammerungstage Sprengstoffe und Waffen gefunden worden waren. Der Staatsanwalt hatte gegen ihn jedoch nur Strafanzeige wegen unerlaubten Waffensbesitzes erhoben. Wenn es schon merkwürdig berühren müßte, daß der Luxemburger Staatsanwalt Hammes Strafantrag wegen unerlaubten Waffensbesitzes stellte, so wirkte es noch bedrohlicher, daß er sich, „weil sich aus politischen Gründen kein Verteidiger gefunden hat“, selbst zum Verteidiger auswort und ausführlich alle mildernden Umstände auseinandersetzte. Er beantragte eine bis zwei Wochen Gefängnis. Vom Richter wurde jedoch die Frage beantwortet warum der sich angeblich so bedrohlich führende Angeklagte ausgerechnet in der Weihnachts- im Saargebiet verhaften müßte. Veng gab als Begründung an, daß er sich in Saarbrücken Ausreisepässe für seine Frau und Schwester habe besorgen müssen. Anschließend konnte er jedoch nicht umhin, zum letztenmal mit Gefinnungsgenossen einen trüblichen Abend im „Ezzenhof-Kaffee“ zu verbringen, der sich bis 3 Uhr morgens hinzog. Auf der Rückfahrt erreichte ihn dann kein Geheiß. Waffen und Sprengstoffe wurden beschlagnahmt, er selbst verhaftet. Nach längerer Beratung verurteilte das Gericht das Urteil, das auf einen Monat Gefängnis lautete.

Die Schweiz verweigert May Braun die Einreise

Paris, 18. Jan. Nach einer hier vorliegenden Meldung ist die schweizerische Regierung dem Führer der sozialistischen Marxisten May Braun, die Einreiseverweigerung in die Schweiz verweigert haben. May Braun sei deshalb nach Jorhoch zurückgekehrt. Der Saarbrücker Sonderberichterstatter des „Jour“ wies zu berichten, daß 25 in arktische Kommandos, die ohne Papiere von den französischen Grenzbehörden aufgenommen worden seien, sich sofort nach ihrem Uebertritt mit französischen Kommunisten verbrüdert hätten. Die französischen Kommunisten seien unter dem Geleit der Internationale in Jorhoch einzugelassen. Französischerseits habe man dies doch für etwas „sehr unangebracht“ gehalten und die Kommunisten deshalb zurückgefordert, sofort den französischen Boden zu verlassen.

May Braun darf in Paris nicht sprechen

Paris, 18. Jan. In Abwesenheit des Außenministers Laval hat Ministerpräsident Flandin im Ministerrat über den Stand der Verhandlungen, die nach der Saarabstimmung eingeleitet wurden, sowie über die Maßnahmen berichtet, die bereits getroffen wurden. Der Innenminister teilte dem Ministerrat mit, daß er May Braun unterlagt habe, in einer in Paris stattfindenden Versammlung das Wort zu ergreifen.

474 Saar-Emigranten in Frankreich eingetroffen

Paris, 18. Jan. Nach amtlichen Angaben von der französischen Grenzpolizei, die am Donnerstagabend im französischen Innenministerium eintrafen, hatten bis Donnerstagabend 474 Emigranten die französische Grenze überschritten.

Lloyd George über seinen Wiederaufbau

London, 18. Jan. Der ehemalige englische Ministerpräsident Lloyd George eröffnete in Bangor (Wales) seinen seit Wochen angekündigten Feldzug für ein „New Deal“, d. h. eine völlig neue Verteilung der Kräfte. Die finanziellen Hilfskräfte des Landes müßten im Interesse der Arbeitsbeschaffung mobilisiert werden. Eine starke Politik unter fühner, entschlossener und feiner Führung Großbritanniens könne die beste und gefährlose internationale Lage bieten. Die Welt werde nicht zögern, die internationalen Meinungsverschiedenheiten zu regeln, wenn Großbritannien in der Abwägung und im Fernen Osten eine klare Führung übernehme. Die erste Bedingung für den Erfolg sei ein völliges Einverständnis mit Amerika. Die gemeinsamen Bemühungen dieser beiden Länder könnten den Frieden der Welt sichern.

Lloyd George entwickelte alsdann in großen Zügen einen Plan für den wirtschaftlichen Wiederaufbau. Er empfiehlt die Einleitung einer händigen unabhängigen u mit allen Vollmachten ausgerüsteten Körperschaft. Das Parlament müsse sich darauf beschränken, die gezeigerten Grundlagen für das Rahmenprogramm zu schaffen, während die Durchführung der Einzelheiten der Exekutive überlassen bleiben soll. Was das britische Kabinett angeht, so schlägt Lloyd George die Wiederverteilung des Grundlages des alten Kabinetts vor, „das zweifellos das altste und wirksamste Instrument war, das England in seiner Geschichte erlebt hat“. Besondere Aufmerksamkeit schenkte Lloyd George der Landwirtschaftsfrage. Während in England nur 7 Prozent der Bevölkerung von der Landwirtschaft leben, betrage der entsprechende Prozentsatz in dem dicht bevölkerten Belgien 19 Prozent und in Deutschland sogar 30,5 Prozent. Da in England die Marktverhältnisse gegeben sind, bestehe kein Grund, warum nicht die Bodenfläche besser ausgenutzt werden solle.

Im Verlauf seiner Rede kam Lloyd George auch auf die Saarabstimmung zu sprechen. Dazu bemerkte er: Auch ich habe großes Vertrauen zu Reichskanzler Hitlers sehr persönlichen Rede und zu der Haltung des französischen Außenministers Laval. Ich glaube, daß ihre Erklärungen voller Verheißung für den Frieden Europas sind.

Rattengift-Prozess in Moskau

Moskau, 18. Jan. In Moskau hat ein Prozess gegen 13 Arbeiter der Moskauer Hauptstelle für Rattenbekämpfung begonnen. Den Angeklagten wird Fahrlässigkeit bei der Aufbewahrung und Beförderung von Giften zur Last gelegt. In der Nacht zum 3. August 1934 waren mehrere Angestellte des Moskauer Güterbahnhofes unter Vergiftungserscheinungen erkrankt. Nach der Anklageerhebung wurden 30 Personen in Krankenhäuser gebracht. Die Untersuchung hat ergeben, daß bei der Aufbewahrung der für die Rattenbekämpfung erforderlichen Gifte nicht die nötige Vorsicht gewaltet hat. Sogar Todesfälle seien zu verzeichnen gewesen. Der Prozess wird zehn Tage dauern.

Der Prozeß um das Lindbergh-Kind

Wilmington, 18. Jan. Im weiteren Verlauf der Verhandlung im Hauptmann-Prozeß erkannte der Tankstellenwärter, dem der Angeklagte die letzte Hundollar-Goldnote des Lösegeldes zahlte, die zur Verhaftung führte, Hauptmann einwandfrei wieder. Ein Sonderagent der Justizbehörde namens Seery sagte aus, daß die erste aus dem Lösegeld kommende Note am 4. April 1932 entdeckt worden sei. Später seien weitere Noten im Staate New-York in Ed'ssog und sogar in Ären aufgetaucht. Von den 50 000 Dollar Lösegeld hätten 35 000 Dollar in Goldnoten bestanden, während der Rest gewöhnliche Banknoten gewesen seien. Bisher seien 19 685 Dollar wieder gefunden worden, davon 14 600 Dollar in der Garage Hauptmanns.

Thomas Sist, gleichfalls Agent der Bundesjustizbehörde, bestätigte als Zeuge die Verhaftung Hauptmanns. Während Sist die Auffindung des Lösegeldes in Hauptmanns Garage bestritt, erhob sich der Angeklagte plötzlich und rief dem Zeugen zu, er solle aufhören zu lügen. Der Richter Hauptmanns zog ihn auf den Stuhl zurück und auch die Juridier, die bei Hauptmanns Arrest aufgeworren waren, ließen sich wieder. Der Richter Trenhard erklärte Hauptmann, er werde sich zur angemessenen Zeit anhören können. Nach diesem kleinen Zwischenfall erzählte der Zeuge Sist, daß in der Breitische Hauptmanns eine Goldnote über 20 Dollar, die aus dem Lösegeld kamme, gefunden worden sei. Hauptmann habe gelagt dies sei ein Teil seiner Ersparnisse und er keine letzte Goldnote. Während die Wohnung Hauptmanns durchsucht wurde, so sagte Sist weiter aus, habe der Angeklagte versprochen zum Fenster hinauszufliehen, anschließend nach der Garage hin. Auf die Frage, ob das Geld in der Garage verborgen sei, habe Hauptmann den Befehl von Gold bestritten. Unter dem Boden der Garage sei ein Krug gefunden worden, von dem Hauptmann zunächst nichts wissen wollte. Am nächsten Tage habe er jedoch zugegeben, in diesem Krug drei Wochen vor seiner Verhaftung Geld aufbewahrt zu haben. Auch bei dieser Aussage rief Hauptmann dem Zeugen zu, er solle nicht lügen. Nachdem der Generalanwalt erklärt hatte, er wolle beweisen, daß der Angeklagte nach dem 2. April 1932 nicht mehr gearbeitet habe, wurde die Verhandlung vertagt.

Raubüberfall in Hamburg

Hamburg, 18. Jan. Am Freitag nachmittag erschien in dem Kontor der Kelmühle im Bullenhäuser Damm ein etwa 28 Jahre alter Mann, der den Buchhalter und einen Boten, die beim Einpacken von Lohngehältern waren, mit der Pistole in Schach hielt. Er raßte das Geld, das auf den Tischen lag, zusammen und warf es in einen Pappkarton. Dann forderte er den Buchhalter unter Bedrohung mit der Waffe auf, den Geldbetrag zu öffnen. Der Räuber leerte den Schrank und verließ das Kontor. Ein Helfer des Räubers hielt sich während des Ueberfalls ebenfalls mit einer kugelfertigen Pistole vor dem Kontor auf und ließ niemand ins Haus. Er bedrohte durch das Schalterfenster den Buchhalter und den Angestellten mit einer Pistole, bis der Geldträger in dem vor dem Hause stehenden Kraftwagen sah. Dann sprang er schnell in den vorbereiteten Kradswagen. Nach den Ermittlungen sind Lohngehälter in Höhe von 10 000 RM. geraubt worden. Der zur Tat benutzte Personentransportwagen war kurz vorher gestohlen worden.

Ehrung der Rettungsmannschaft der „Neupohl“

London, 18. Jan. Die Mannschaft der Rettungsboote des Passagiersdampfers „Neupohl“, die in der Nacht zum 19. Dezember bei schwerer See im Atlantischen Ozean die 16köpfige Mannschaft des norwegischen Frachtdampfers „Sito“ rettete, hatte am Freitag in London einen Ehrentag. Die deutschen Seeleute wurden in Anerkennung des deutschen Seehäufers von Döck, sowie vieler hundert Mitglieder des bekannten Versicherungsbauers Lloyd mit den Lloyd-Medailles „für Rettung von Menschenleben zur See“ ausgezeichnet. Zugleich wurde eine von Lloyds gestiftete Plakette zur Andenkung an der „Neupohl“ in Erinnerung an die Rettungsstat dem Kapitän von Maßke von der Hopag übergeben.

Vor der Feierlichkeit bei Lloyd brachte die City von London ihre Anerkennung für die mutige Rettungsmannschaft der „Neupohl“ durch einen Empfang im Mansion-House, den der Lordmayor von London gab, zum Ausdruck. Es war ein eindrucksvoller Augenblick, als der Erste Offizier Weien an der Spitze seiner wackeren Matrosen in der riesigen Empfangshalle des Mansion-House von dem Lordmayor, der seine Amtsetzte trug, begrüßt wurde. Der Lordmayor drückte jedem einzelnen die Hand und brachte seine warme Anerkennung für die tapigere Tat zum Ausdruck.

Seegefecht mit Seeräubern

Schanghai, 18. Jan. Nördlich von der Mündung des Jangtse land, wie die Wasserpolizei in Hulung mittelt, ein Seegefecht zwischen Polizeiwachposten und 50 Seeräuber-Dschunken. Der Kampf dauerte einen ganzen Tag. Vier Dschunken wurden zusammengeschossen und gingen unter, acht Dschunken wurden von der Polizei erbeutet. Die übrigen Seeräuberschiffe entliefen. Ueber 50 Seeräuber wurden im Kampf getötet und eine große Zahl ertrank. 20 Räuber wurden von der Polizei gefangen genommen. Wie es heißt, soll die Flotte der Seeräuber 200 Dschunken stark sein. Die Seeräuber plündern seit etwa einem Monat viele aus Nordchina kommende Fahrzeuge, besonders Fischereifahrzeuge, aus und schmuggeln Waren an Land.

Umgruppierung der höchsten Militärstellen Frankreichs

Paris, 18. Jan. Der am Freitag vormittag unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik tagende Ministerrat hat eine Verordnung angenommen, die die wiederholt angeforderte Reorganisation des obersten Kriegsrates und des Generalstabes zum Inhalt hat. Auf Grund des Gesetzes vom Jahre 1927, das die Altersgrenze des Vorsitzenden des Obersten Kriegsrates auf 68 Jahre festsetzt, wurde anstelle des bisherigen Vorsitzenden, General Weygand, der am 21. Januar 1867 geboren ist, der im 63. Lebensjahr stehende derzeitige Generalstabschef General Gamelin zu seinem Nachfolger ernannt. General Gamelin bleibt gleichzeitig Chef des Generalstabes.

Bestellen Sie unsere Zeitung!



Aus Stadt und Land

Altensteig, den 19. Januar 1935.

Amtesliches. Obersekretär Hofler bei dem Amtsgericht Freudenstadt wurde zum Bezirksnotar in Renningen ernannt.

Dienstverledigungen. Die Bewerber um die Stadtpfarrstellen in Altensteig, Def. Nagold, und Wehlheim, Def. Kirchheim, und um die Pfarrstellen in Glaiten, Def. Freudenstadt, und Weil im Schönbuch, Def. Bödingen, haben sich binnen drei Wochen bei dem Evang. Oberkirchenrat zu melden.

Die Stadtkapelle (St.-Kreisapelle) Altensteig veranstaltet morgen einen Konzert- und Theaterabend, welcher reichhaltig ausgestattet ist. Der 1. Teil des Programms wird vom Blasorchester bestritten, welches klassische und gute Volksmusik bringt. Im 2. Teil kommen die beiden Singpiele „Heidelberg, du Jugendbrunnen“ und „Es muß a Frau ins Haus“ zur Aufführung. Ferner bringt das Streichorchester der Kapelle gute Musik zu Gehör. Die Stadtkapelle hat sich viele Mühe gegeben, um mit diesem Abend allen etwas Gutes und Unterhaltendes zu bieten und es wird jeder Besucher auf seine Rechnung kommen.

Gründung einer Ortsgruppe der Kinderreichen in Altensteig. Wie aus der gestrigen Ankündigung im Infanterieartikel unserer Zeitung hervorgeht, findet am morgigen Sonntagmittag 2 Uhr im Saal des „Grünen Baum“ eine Versammlung der Kinderreichen zwecks Gründung einer Ortsgruppe statt. Kreiswart Oelschläger wird über „Zweck und Ziel des Reichsbundes der Kinderreichen“ sprechen.

Der Schwarzwaldverein, Ortsgruppe Altensteig, hat in einer Sitzung ein vorläufiges Halbjahresprogramm für seine Veranstaltungen festgelegt. Zunächst steigt die übliche Winterveranstaltung in Form eines Familienabends, der auf Samstag, den 16. Februar, festgesetzt wurde. Für Sonntag, 10. März, ist eine Nachmittagswanderung über den Kapf nach Eshausen vorgesehen, für Sonntag, den 28. April, eine Nachmittagswanderung nach Wärmersberg. Am Sonntag, den 19. Mai, soll die Hauptversammlung in Freudenstadt besucht werden, am Sonntag, den 30. Mai, beteiligt sich der Verein an der Sternwanderung nach Bad Teinach und Javelstein. Für 15. Juni ist eine Beteiligung an der Sommerfeier auf dem Hörsenbühl vorgesehen. Es empfiehlt sich für die Mitglieder des Schwarzwaldvereins, obige Termine vorzumerken.

Simmersfeld, 18. Jan. (Wintersport.) Die Schneeverhältnisse für den Skilauf sind fortgesetzt recht gute hier.

Nagold, 18. Januar. (Vom Rathaus. — Rückblick und Ausblick.) Am Mittwoch tagte der Gemeinderat zum erstenmal im neuen Jahr. Bürgermeister Maier hielt dabei einen Rück- und Ausblick. Das hervorragende Merkmal des Jahres war der Umbau der Staatsstraße Nagold-Herrenberg und Nagold-Altensteig, der gemeinsam mit den Nachbargemeinden seit 1926 angestrebt wird. Dieser großartige Straßenumbau, verbunden mit einer durchgreifenden Verbesserung und Abänderung des Schmalspurbahnkörpers hat seine Bedeutung durch die Arbeitsbeschaffung, weil er den größten Teil des Jahres den Arbeitslosen Verdienst brachte, und zudem eine große verkehrspolitische Bedeutung. Es besteht nun die Hoffnung, wie in der alten Postzeit, wieder Anschluß an das große Straßenverkehrsnetz zu bekommen. Besonderer Dank geht dafür der Regierung und auch dem Ehrenbürger Stadtrat Böhner. — Durch städtische Notstandsarbeit wurde der Bau einiger Kanäle in den älteren Stadtteilen beendet. Damit ist die gesamte Entwässerung der Stadt zu einem gewissen Abschluß gekommen. Sämtliche Ortstraßen, ausgenommen einige kleinere Zwischentreden, sind nun an das Kanalsystem angeschlossen, das in die städtische Sammelkanalanlage unterhalb der Stadt mündet. Dieser Fortschritt ermöglicht es, alle Häuser und besonders die der Neubaugebiete mit allen modernen sanitären Anlagen zu versehen. So war es möglich, das ganze Weingarten- und Galgenberggebiet zu Siedlungen auszubauen und mit Straßen, Kanälen und Wasserleitungen zu versehen. Ohne den Arbeitsdienst hätte die Erschließung dieses Gebiets wohl 70 000 Mark gekostet, so beträgt der Aufwand etwa die Hälfte, die aus den Anliegerleistungen gedeckt werden können. Die Hauptpläne werden außerordentlich billig abgefeilt — zu Preisen von 10—50 Pfennig —, um die Bauzeit zu fördern. Etwa 50 Baupläne sind noch verfügbar. In dem sonnigen Höhengebiet am Walde bieten sie für Wohnsiedlungen günstige Gelegenheiten. Im Frühjahr soll für dieses schöne, vollkommen erschlossene Baugelände im ganzen Lande geworben werden. — Wie im alten Reich auch im neuen Jahr im Vordergrund die Arbeitsbeschaffung für die etwa 100 Arbeitslosen der Stadt, die in der Hauptsache aus den hilfslosen Goldwarenzweigfabriken der Pforsheimer Industrie und aus Schreinerzweigen stammen. Man wird alles daran setzen, um wieder dauernde Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Das ist im wesentlichen eine Finanzfrage. Alle irgendwie verfügbaren Mittel müssen zusammengeführt werden. Im Gang ist der Bau eines neuzeitlichen Herren-, Eder- und Ziegenbockstalles mit Wästerwohnung sowie der Umbau des Feuerwehrgewerkschulhauses, die Schaffung einer Jugendherberge und von HJ-Räumen. Dafür sind Grundstümmittel vorwiegend aus Holzleihen gesichert. Die Stadt wird ferner im Wege der Notstandsarbeit weitere Feld- und Waldwege ausführen. Der Schwerpunkt wird aber in der Neuordnung des Straßenwesens liegen. Der schon seit Jahren aufgestellte Plan des Umbaus der Eiterstraße im Zuge der Staatsstraße Herrenberg-Altensteig wird mit Rücksicht auf die große Bedeutung der Straße umgearbeitet und in Verbindung damit auch der Plan des Schlussteils der Nagoldverbesserung vom Reinsieg bis zur Schafbrücke geprüft. Zur Verbesserung ist die Nachbarschaftsstreife Nagold-Jelshausen-Unterschwandorf mit Fortsetzung nach Obereschwandorf — Egenhausen — Bödingen — Palsgrafen weiler vorgehen und auch der dringende Bau einer Nachbarschaftsstraße Nagold-Horb wird weiter gefördert und durch das Straßen- und Wasserbauamt Oberndorf ausführungsfähig gemacht werden. Das letzte Ziel muß jedoch sein, die Arbeitslosen wieder in ein geordnetes freies Arbeitsverhältnis zu bringen. Der Bürgermeister richtete an die hiesigen Industrie- und Gewerbetreibenden den dringenden Appell, künftighin in erster Linie Nagolder Arbeitslose einzustellen. — Die Gesundheitsfürsorge für das Winterhilfswort hat auch in diesem Winter unermindert angehalten. — In der Gemeindevorstandssitzung wurde zunächst mitgeteilt, daß vom Innenministerium die seit längerer Zeit bearbeitete Ortsaufzählung für die Stadt Nagold, die an Stelle des Octobarschlusses vom 8. Juli 1878 tritt, genehmigt worden

ist. Die Schätzung wird in Druck gegeben. Genehmigt wurden einige Holzverkäufe, ferner die Neuverpachtung der Schafweide auf weitere zwei Jahre an die bisherigen Pächter Schafhalter August Schill und Karl Hart zum Pachtzins von 1000 Mark gegen bisher 900 Mark. Die Wiedererrichtung der im Jahre 1931 aufgehobenen Schumannsche Wiese wird auf 1. April 1935 in Aussicht genommen. Sie ist mit einem geprüften Holzlehnwärter zu belegen. Im Stadtwald Galgenberg ist die Errichtung einer Unterkunftsstätte für Zwecke der Forstwirtschaft nötig. Die erforderlichen Mittel wurden bewilligt. Zu einem Gehack und beschränkter Gastwirtschaftsbesuch und um den Brennweinlehnhandel wurde Stellung genommen. Das von den Ernst Darr, Oelers Eheleuten, um 2000 RM erworbene Wohnhaus steht der ordnungsmäßigen Durchführung des Meisterwegs im Wege. Es wird vom Baugeschäft Wohlfelder abgebrochen. Vom Stadtbauamt wurde noch kurz das Ergebnis der Arbeitsvergehung für den Gartenkall mitgeteilt. Der Zuschlag erfolgt später.

Calw, 18. Januar. (Führertagung des Bannes Schwarzwald der HJ.) Am 27. Januar 1935 hält der Bann 126 Schwarzwald der Hitlerjugend eine Führertagung im Haus der Jugend in Calw ab. Auf dieser Tagung werden auch das Jungvolk und der BDM vertreten sein. Sie bildet den Auftakt für die Arbeit im Jahr der Ermächtigung und wird unter dem Leitwort „Bann Schwarzwald im Angriff“ stehen. Auf dieser Tagung werden neben dem Bannführer die Oberfeldmeister Reijert und Müller von der Bezirkschule Südwest des Arbeitsdienstes sprechen. Von der Gebietsführung wird voraussichtlich Oberbannführer Ullrich anwesend sein. Neben den Fragen der Schulung und Ermächtigung werden besonders noch der Reichsberufswettbewerb und die neue Freizeitaktion für Wehrlinge und Jungarbeiter behandelt. — Mit der Führertagung des Bannes wird gleichzeitig eine Schulungstagung der gesamten Führerschaft des Unterbannes 11/126 Calw verbunden.

Calw, 18. Januar. (Eignungsprüfung.) Sämtliche Servicetrupps, Bedienstungen, Saallichter im Kreise Calw haben sich einer Eignungsprüfung zu unterziehen. Diese findet am 28. Januar 1935 in Calw statt. Antragsformulare sind bei der Geschäftsstelle der Deutschen Arbeitsfront Calw, Altbürgerstraße 14, zu haben, wofür alle weiteren Auskünfte erteilt werden. Die Anträge müssen bis spätestens Samstag, den 26. Januar 1935, unter Beifügung zweier Lichtbilder und eines Leumundzeugnisses an oben genannte Adresse abgegeben sein. Die Prüfungsgebühr beträgt 5 RM und ist bei Abgabe des Antrages zu entrichten. (Für Arbeitslose unter Vorzeigung der Stempelfarte 3 A). Die Prüflinge haben in Berufskleidung zu erscheinen.

Winterlingen, Ost. Walingen, 18. Jan. (Winterlingen will Stadt werden.) In einem Jahresrückblick auf das Gemeinleben im Jahr 1934 führte Bürgermeister Fay aus, daß es Wäldt insbesondere auch der Gemeindevorwaltung ist, mitzuhaben, daß alles Kulturgut wieder auflebe Neben verschiedenen Maßnahmen, die in dieser Hinsicht vorgesehen sind, ist auch an ein Heimatmuseum anlässlich des 1100-jährigen Bestehens der Gemeinde Winterlingen gedacht. Winterlingen rechnet mit der Möglichkeit, bei diesem Anlaß zur Stadt erhoben zu werden. Es werden für dieses Streben angeführt seine zahlreichen und ausgedehnten Fabriken und Geschäftsbüro, seine guten Gärten, die lauberen Straßen und Säuler, Reithalle, Park, Schwimmbad, vollständige Kanalisation und nicht zum mindesten auch der Umstand, daß Winterlingen die alte 100prozentige Hochburg des Nationalsozialismus ist.

Obingen, 18. Jan. (Reihe Spende.) Aus Anlaß der Ueberreichung des Ehrenbürgerbriefes der Stadt Obingen an Fabrikant Reinhold Haas wendete dieser der Stadt 5000 RM zu beliebiger Verwendung.

Stuttgart, 18. Jan. (Leichtes Erdbeben.) Am Donnerstag um 15 Uhr 15 Minuten 20 Sekunden haben die Instrumente der Stuttgarter Erdbebenwarte (Villa Reichenstein) ein leichtes Erdbeben aufgezeichnet, dessen Herd nach den Berechnungen im südlichen Schwarzwald liegt.

Vörs, 17. Jan. (Bauernschule.) Am Mittwoch wurde auf der Bauernschule in Vörs der 2. Lehrgang für Jungbauern und zugleich der 1. Lehrgang für Jungbauerninnen eröffnet. 28 Bauernsöhne und 15 Bauerntöchter haben sich zu weltanschaulicher und handlicher Ausbildung im ehemaligen Kloster Vörs einzeln und Landesbauernführer Arnold hielt eine Anrede. Landeshauptabteilungsleiter 1 von Wangell betonte die enge Zusammengehörigkeit zwischen Bauern und Nationalsozialismus.

Kaasenberg, 18. Jan. (Brand.) In der Rahmenfabrik von Oskar Högele ist am Donnerstag früh Feuer ausgebrochen. Im Kellerraum unter der Werkstätte fanden die dort lagernden Rillen, Packmaterial und Rahmen in hellen Flammen. Der größte Teil dieses Materials ist verbrannt. Das Feuer ist auch auf die im Erdgeschoß liegende Werkstätte übergegangen. Hier brannte der Boden der Werkstätte. Der Werkstättmeister meldete es, über das Feuer Herr zu werden.

Rückblick auf Nachbarkontakte, Abrechnung und Flächenfestlegung von Gemeindefrieden

Der Landesjägermeister erläßt folgende vorläufige Mitteilung: Mit Genehmigung des Reichsjägermeisters vom 16. Januar 1935 wird bekanntgegeben, daß demnach eine Verordnung des Würt. Staatsministeriums erlassen wird, die u. a. folgendes enthält:

1. Laufende Jagdpachtverträge können bis 31. Januar 1935 vom Pächter und Verpächter auf 31. März 1935 gekündigt werden.
2. Der Paragraph 6 NAG. über Befugung bezw. Abrechnung von Jagdbezirken tritt sofort in Kraft.
3. Für bisherige Eigen-Jagdbezirke, die der Vorchrift des Paragraph 6 NAG nicht entsprechen, also im Zusammenhang weniger als 75 Hektar umfassen, erlischt das Jagdrecht des bisher Berechtigten und etwa noch laufende Jagdpachtverträge mit dem 31. März 1935.
4. Die Mindestgröße der gemeinschaftlichen Jagdbezirke wird mit Wirkung vom 1. April 1935 ab auf 250 Hektar festgelegt (Paragraph 8 NAG).
5. Für bisherige Gemeindefrieden, die im Ganzen oder in Teilen weniger als 250 Hektar im Zusammenhang betragen, erlischt der Pachtvertrag auf 31. März 1935.
6. Die Bezirke sind einem anderen Jagdbezirk anzugliedern. Ein für diesen Bezirk noch laufender Pachtvertrag wird auf die hinzukommende Fläche ausgedehnt.

Den Kreisjägermeistern wird nach Bekanntgabe der Verordnung eine entsprechende Anweisung zugehen.

Bekanntmachungen der NSDAP

Reichsbetriebsgemeinschaft 17 Handel, Kreis Nagold
Am 21. Januar 1935, vormittags 8.30 Uhr, findet ein Reichsbetriebsappell der Reichsbetriebsgemeinschaft 17 Handel durch Hg. Dr. Ley statt, der über alle deutschen Sender übertragen wird.

Sämtliche Betriebsführer (Großhandel, Außenhandel, Einzelhandel, offene Ladengeschäfte einschließlich Lebensmittel- und Tabakwarengeschäfte) und deren Gefolgschaftsleute haben an diesem Reichsbetriebsappell teilzunehmen.

Sämtliche Gebäude, in denen sich ein Handelsgeschäft befindet, sind von 8—10 Uhr zu besetzen.

Die Geschäftsöffnung ist an diesem Vormittag auf 9 Uhr anzusetzen.

An Orten, wo ein Gemeinschaftsempfang stattfindet, sind die Betriebsführer und Gefolgschaftsleute um 8 Uhr im Versammlungsort anzuwenden.

Näheres wird durch die Ortsgruppenleitung der NS-Dago am Schwarzen Brett bekannt gegeben.

Kreisbetriebsgemeinschaft Handel 17: Heinrich Heußler.

Reichsbetriebsgemeinschaft 17 Handel, Ortsgruppe Altensteig
Gemäß obiger Anordnung findet der Reichsbetriebsappell der Reichsbetriebsgemeinschaft 17 Handel am 21. Januar, vormittags 8 Uhr im Saal des „Grünen Baum“ statt. Bewirtung erfolgt nicht. Es wird gebeten, daß die Betriebsführer und Gefolgschaftsleute sämtlicher Handelsgeschäfte pünktlich anwesend sind.

Der NS-Dago-Ortsgruppenleiter.

* Morgen antreten um 8 Uhr beim „Grünen Baum“
Hitlerjugend, Schar 1, Gefolgschaft 4
Sämtliche Hitlerjugenden des Standortes Egenhausen treten heute abend 7.30 Uhr in Uniform am Heim an. Die verlangten Gegenstände, sowie die restlichen Beiträge und Zeitungsgelder sind mitzubringen.
Otto Rominger.

BDM in der HJ, Ring III, Nagold
Am Sonntag, den 20. Januar, ist in der Alten Post in Nagold Ringtagung. Sämtliche Führerinnen und Referentinnen des BDM und JM. nehmen daran teil. Beginn 8.30 Uhr.
Die Ringführerin.

Stiftung bei „Kraft durch Freude“
29.—27. Jan.: Kniebis, Schwarzwald, Preis etwa 29 RM (B).
Auf dem Kniebis bei Freudenstadt pflegt sich im Winter die weiße Jungfrau zu zeigen, die von dort aus nach allen Richtungen hin Entwürfen von entzückender Pracht unternommen kann und denen der Kniebis und seine Tannenlandschaft als besonders lieb und lohnendes Skiparadies gilt.
Näheres hierüber beim Kreisamt Nagold der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“.

Aus parteiamtlichen Bekanntmachungen

Kreislagung, Kreis Freudenstadt
am 20. Januar 1935 in Freudenstadt

8.30 Uhr vor der Replerschule. Antreten des Kreisstabes, des Hauptstadtrates, selbst. Jellen- und Bloßleiter sowie der Schulungs-, Propagandaleiter sowie Presse- und Kulturwarte. 10.00 Uhr Arbeitstagung der vorgenannten Politischen Leiter. 11.30 Uhr im Hotel „Röfle“ Arbeitstagung der Kultur- und Pressewarte. Leitung: Hg. Kreisamtsleiter Rüd. 14.30 Uhr Antreten sämtlicher Politischer Leiter des Kreises Freudenstadt auf dem Turnhalleplatz zur Meldung an den Kreisleiter und anschließ. Wehrsportübungen. Leitung: Hg. Kreisamtsleiter Rüd. 15.45 Uhr Beginn der Kreislagung in der Turnhalle. Ende der Kreislagung etwa 17.30 Uhr.

Gibt der deutschen Jugend Lehrstellen!

Aufruf an die Wirtschaft
Rund 45 000 Jugendliche verlassen im kommenden Frühjahr in Württemberg die Schulen. Sie alle wollen Volksheld werden für deutsche Weltarbeit! Ihre berufliche Ausbildung ist daher Gebot. Die meisten dieser Jugendlichen benötigen dazu eine Lehrstelle. Die bis jetzt bei den Arbeitsämtern gemeldeten Lehrstellen reichen aber noch nicht überall aus. An alle Betriebsführer und Handwerksmeister ergeht daher die dringende Bitte, weitere Lehrstellen für alle Berufe bei den Arbeitsämtern zu melden.

Am Samstag Mondhörnchen

Stuttgart, 18. Jan. Vom Planetarium wird mitgeteilt: Am Samstag, den 19. Januar, findet eine totale Verfinsternung des Mondes statt deren Verlauf zum Teil auch bei uns beobachtet werden kann. Der Mond geht für Stuttgart um 16.55 Uhr auf. Er ist bei seinem Aufgang vollständig verfinstert. 17.30 Uhr beginnt der Mond aus dem Erdhorizont auszutreten. 18.40 Uhr hat der Mond den Kernschatten völlig verlassen und bis 19.51,7 Uhr ist er auch aus dem Halbschatten ausgetreten. Die Sternwarte auf der Uhlandshöhe ist bei klarem Wetter von 5 Uhr an zur Beobachtung geöffnet.

Auf Baden

Neustadt i. Schw., 17. Januar. (Ein wildgewordener Stier brachte zwei Personenzüge mehrschon zum Halten.) Auf dem Bahngelände zwischen Neustadt und Hölzlebrunn spielte sich am Dienstag über Mittag eine aufregende Jagd ab. Ein vom Dalsbauer Kletterer aus Ulmsee in Kappel gekaufter junger Zugochse entsprang seinem Begleiter und raste im Galopp auf die Bahngelände bei Hölzlebrunn. Der von Neustadt nach Freiburg fahrende Zug mußte unterwegs mehrmals anhalten. Ein junger Mann von Neustadt konnte den Ochsen dann nach Neustadt hinunterführen. An einem geschlossenen Bahnübergang rief sich der Ochse jedoch wieder los, sprang über die Schranke in den Bahnhof hinein. Als er dort wieder hinausgeschickt worden war, ging es wieder im Galopp Hölzlebrunn zu. Unterwegs rief das wildgewordene Tier mit einem Personenzug zusammen und brach dabei ein Bein. Ein Mann, der das Tier wegführen wollte, wurde zu Boden gestoßen, mit dem Kopf bearbeitet und über ein kleines Gelände geschleudert, ohne daß er jedoch Verletzungen davontrug. Als der Zug wieder anfuhr, geriet der Ochse ganz aus dem Häuschen, er rief mit seinen Hörnern gegen die Buffer der Maschine. Diese waren jedoch widerstandsfähiger als seine Hörner, von denen eines am Kopfe abbrach. Nachdem inzwischen Polizei und Gendarmerie eingetroffen war, entschloß man sich, den Ochsen niederzuschießen. Acht Büchsenkugeln und zwei Schüsse aus einem Karabiner waren notwendig, um das Tier zu töten.

Gerichtssaal

Regeld, 18. Januar. (Amtsgericht.) Der am 15. November vorigen Jahres durch den Fuhrunternehmer Georg Seeger verschuldete Unfall, bei welchem dem 14 Jahre alten Erwin Walz von einer vom Lastkraftwagen herabstürzenden Schleifmaschine das Bein gebrochen wurde, so daß er sich noch heute im Krankenhaus befindet, wurde gestern verhandelt. Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 50 Mark und Tragung der Kosten, einschließlich der dem Nebenkläger entstehenden Auslagen.

Schneederichte

Wintersportbericht des SSB. und der Reichsbahn
Wettervorhersage: Zeitweise auflockernd, höchstens vereinzelt, unbedeutende Schneefälle, im allgemeinen leichter Frost, stellenweise harter Frost.
11b: Die Schneelage hat sich nicht wesentlich geändert, in einzelnen Gebieten ist etwas Neuschnee gefallen. Unter dem Einfluß des neuen Temperaturrückgangs ist die Schneedecke überall etwas verhartet. Schilbahn ziemlich gut. Schwarze Wald: Vereinzelt Neuschnee. In Höhen über 800 Meter bei Pulverschnee sehr gute Verhältnisse. Allgäu: Überall Pulverschnee, Schilbahn sehr gut.
Veranstaltungen: Kreuzläufe im Gau 15 (SSB.) in Döbel, Balesbrunn, Schoploch, Rainhardt, Degenfeld, Königstronn, Dalkmettinau, Auinau-Münchhausen, Tenn.

Weiter für Sonntag und Montag

Der Hochdruck, dessen Kern sich über Großbritannien befindet und der sich nach Osten ausgedehnt hat, beherrscht nun die Wetterlage für Sonntag u. Montag. In der östlichen Luftströmung zeitweilig auflockerndes, ziemlich frostiges Wetter zu erwarten.

Handel und Verkehr

Holzverkauf

Reihingen, 18. Januar. (Holzverkauf.) Aus 6 Losen Langholz wurden gelöst 65,6 Prozent (aus 3 Losen), 75 Prozent (1 Los), 78 Prozent (1 Los) und 65 Prozent (1 Los) Stangen ergaben 80 Prozent.

Altobersdorf, 18. Januar. (Langholzverkauf.) Bei dem vor einigen Tagen getätigten ersten Langholzverkauf in diesem Jahre gelangten insgesamt 277 Festm. zum Verkauf, zitta 212 Festmeter Tannen und Fichten und circa 65 Festm. Föhren. Die Württ. Holzverkaufsgenossenschaft erwarb das Holz und zahlte 65 v. H. für Tannen und Fichten. Für Föhren wurde ein etwas höherer Prozentsatz erzielt, so daß durchschnittlich ein Erlös von 67 v. H. der Grundpreise erreicht wurde.

Keine Nachrichten

Die Frage der Saarflüchtlinge auf der Tagesordnung der nächsten Ratstagung

Genf, 18. Januar. Wie nachträglich bekannt wird, hat der Völkerbundsrat in seiner Geheim Sitzung am Freitag beschlossen, auf Ersuchen der französischen Regierung die Frage der Saarflüchtlinge auf die Tagesordnung der nächsten öffentlichen Sitzung zu setzen.

Einäherung General Etubens

Berlin, 18. Januar. Im Krematorium Wilmersdorf erfolgte gestern nachmittag unter militärischen Ehren die Einäherung des Generals der Infanterie v. Steden, des in Krieg und Frieden verdienten Offiziers und Führer der 11. Armee in Mazedonien.

Die japanische Flottenabordnung verläßt London
 London, 18. Januar. Die noch in London weilende japanische Abordnung für die vorbereitenden Flottenbesprechungen wird am 28. Januar nach Japan abreisen.

Der englische Schatzkanzler gegen das Kriegsgerede
 London, 18. Januar. In einer Rede in Belfast (Nord-Irland) wandte sich Schatzkanzler Chamberlain gegen den „skandalösen Versuch politischer Widerjäger, der Regierung Kriegsabsichten zu unterstellen“. Niemals sei eine fremdelbästere und dümmere Beschuldigung erhoben worden. England habe bis zum Gefahrenpunkt abgerüstet, aber anstatt diesem Beispiel zu folgen, hätten andere Mächte gerüht. „Wenn wir“, so fuhr Chamberlain fort, „zu unserem Teil an der Schaffung eines Gefühles der Sicherheit in Europa beitragen wollen, dann müssen wir ausreichend gerüstet sein. Ich wage zu sagen, daß das, was im Saargebiet geschieht und was im Saargebiet geschehen ist, ein Präzedenzfall ist, der uns deutlich die Marschrichtung angibt, damit wir eines Tages den internationalen Frieden auf eine feste und dauerhafte Grundlage stellen können. Es würde fahlsche und närrische Sparjamkeit sein, die Ausgaben einzuschränken, die notwendig sind, um die Wiederholung eines Krieges zu verhindern.“

Jappern will dem Beispiel der Saar folgen

Athen, 18. Januar. Der Erfolg der Saarabstimmung hat das in Griechenland befindliche cyprische Nationalbüro veranlaßt, im Namen der Bevölkerung Cyperns, die naturgemäß von der Beteiligung an solchen Schritten ausgeschlossen ist, beim Völkerbund eine freie Volksabstimmung über die staatliche Zugehörigkeit Cyperns zu beantragen.



Stadtkapelle Altensteig

(PO-Kapelle)

Sonntag, den 20. Januar 1935, abends 7 Uhr im Saal zum „Grünen Baum“

Konzert- und Theater-Abend

Zur Aufführung gelangen u. a. zwei gute Singspiele.

Eintritt 80 Pfennig.

Saalöffnung 1/7 Uhr, Anfang 7 Uhr.

Altensteig-Stadt

Morgen Sonntag abend 7 1/2 Uhr spricht
Kreisbauernführer Ralmbach

im Gasthaus zur „Taube“ über:

„Erzeugungsschlacht und Marktregelung in der Milchwirtschaft“

[Erzeuger und Verbraucher werden zu zahlreichem Besuch der Versammlung aufgefordert.]

Ortsbauerschaft.

Gemeinde Simmersfeld.



Langholzverkauf.

Die Gemeinde verkauft am Donnerstag, den 21. Jan. 1935 auf dem Rathaus in Simmersfeld

7 Lose Tannen u. Fichten I. - V. Kl. mit zus. 315 55 Fm.

5 Lose Föhren I. - V. Klasse mit zusammen 283 36 Fm.

Schriftliche Angebote sind bis spätestens nachmittags 3 Uhr beim Bürgermeisterei abzugeben.

Auszüge können bei Oberholzhauer Ralmbach gegen mäßige Gebühr bezogen werden.

Freiburger Münsterlose

Preis 50 Pfennig, Doppellos M. 1.-

Ziehung am 2. März 1935

sind zu haben in der

Buchhandlung Laub, Altensteig.

Kirchliche Nachrichten.

Ev. Gottesdienst.

Sonntag, 20. Jan., 10 Uhr Predigt, Lied 1. Anschließend Kirchliche. 1 Uhr Choral. 1/8 Uhr Gemeindefest. Dienstags, 22. Jan. keine Bibl. Stunde, 8 Uhr in der Gemeindehaus: Konfirmantenabend. Es folgen Donnerstag, 24. Jan. 8 Uhr Feiernabend.

Methodistengemeinde.

Sonntag, 20. Jan. 9 1/2 und 11 1/2 Uhr Predigt, 10 1/2 Sonntagsschule. Mittwoch 20 Uhr Die Bedeutung der Familie für den Wiederaufbau unseres Volkes (Predigt von Ralmbach und Frau Ralmbach).

Kath. Gottesdienst.

Sonntag 8 1/2 Uhr.

Habe einen jungen, 13 Jährigen

Zigochsen

(guter Spinner)

zu verkaufen

Karl Schanz Obermusbach



Achtung Skifahrer!!

Schnee ist gefallen!

Leichtmetallskiu. Stöcke „Wanderso“

sind erprobt u. bringen dem Sportler große Vorteile. Viele Anerkennungsschreiben! Wenn im Sporthandel nicht erhältlich, verlangen Sie Angebot vom Alleinhersteller

Jaki Rieger, Sportgerätefabrik, Calw

Predigt- und Gebetbücher

in schöner Auswahl

in der

Buchhandlung Laub

Altensteig.

Büro-Artikel

wie

Leitz-Ordner

„ Ordner m. Schmalrücken

„ Schnellhefter

„ Suris-Mappen

„ Ablege-Mappen

„ Vorordner

„ Pultordner

„ Unterschrifts-Mappen

„ Locher

„ Iso-Briefkörbe

empfiehlt die

Buchhandlung Laub, Altensteig

Autovermietung!

Unterzeichneter empfiehlt sich der Einwohnerschaft von hier und Umgebung zu Fahrten mit seinem 4 Sitzer-Hanomag bei billigster Berechnung.

Heinrich Schmidt, Rosenstr. 191, Altensteig

Wer nicht wirbt, verdirbt!

